

Bundesausschuss Obst und Gemüse Mitteilungen



bog

Nr. 12/2018
17. Dezember 2018

<u>Inhalt:</u>	Seite
Unlautere Handelspraktiken nunmehr in den Trilogverhandlungen	2
BOG-Vorsitzender Stechmann im Dialog mit Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner	2
Gesetzlicher Mindestlohn steigt in zwei Stufen	3
53. Herbsttagung der Fachgruppe Gemüsebau	4
Delegiertentagung 2018 der Fachgruppe Obstbau in Grünberg	6
Ratspräsidentschaft zum 1. Januar 2019 bei Rumänien	7
JKI-Präsident Backhaus in den Ruhestand verabschiedet	8
Christian Ufen einstimmig wiedergewählt	8



Allen Beziehern unserer
BOG-Mitteilungen
wünschen wir
gesegnete Weihnachten
und ein
erfolgreiches Jahr 2019

Bundesausschuss Obst und Gemüse

Jens Stechmann
Jens Stechmann

Hans-Dieter Stallknecht
Dr. Hans-Dieter Stallknecht



Unlautere Handelspraktiken nunmehr in den Trilogverhandlungen

Die Europäische Kommission hatte im April 2018 einen Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Lebensmittelversorgungskette vorgelegt. Ziel ist es, die Erzeuger in der Lebensmittelkette zu stärken. Dabei sollen über einen Verbotskatalog bestimmte Praktiken bei Geschäften in der Lebensmittelkette unterbunden werden. Die Kommission hat den Anwendungsbereich auf Lieferanten nach dem KMU – Kriterium für klein- und mittelständige Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz von bis zum 50 Millionen Euro bzw. mit weniger als 250 Beschäftigten begrenzt. Verboten werden sollen unter anderem zu lange Zahlungsziele, die kurzfristige Stornierung verderblicher Lebensmittelerzeugnisse, einseitige und rückwirkende Änderungen von Bedingungen in Liefervereinbarungen, Zusatzzahlungen, damit Lebensmittelerzeugnisse von einem Käufer angeboten werden sowie Zahlungen des Lieferanten für Werbung der Lebensmittelerzeugnisse für den Käufer. Darüber hinaus werden weitere unfaire Handelspraktiken benannt. Nach der Richtlinie sind in jedem Mitgliedstaat Behörden festzulegen, die die Verbote auf nationaler Ebene durchsetzen. Darüber hinaus erhalten die Lieferanten, die eine Beschwerde bei der Durchsetzungsbehörde einreichen, ein Recht auf vertrauliche Behandlung.

Seit April 2018 wurde dieser Vorschlag nun in Rat und Parlament diskutiert. Im Parlament hat der Agrarausschuss sich positioniert und eine Erweiterung des Anwendungsbereiches über die klein- und mittelständigen Unternehmen hinaus eingefordert. Ebenso hat er die Erweiterung auf alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse in der Stellungnahme berücksichtigt. Das Plenum des Europäischen Parlamentes hat am 25. Oktober 2018 mit großer Mehrheit die Stellungnahme des Agrarausschusses des Europäischen Parlamentes verabschiedet. Bereits am gleichen Tage haben nunmehr die Trilogverhandlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission zu den unfairen Handelspraktiken begonnen. Der Zeitplan sieht vor, dass die Trilogverhandlungen zwischen den drei EU-Institutionen bis Ende des Jahres abgeschlossen sein werden. Nunmehr gilt es, dafür Sorge zu tragen, dass die positiven Änderungen des EU-Parlamentes in den Trilogverhandlungen mit Rat und Kommission Bestand behalten.

BOG-Vorsitzender Stechmann im Dialog mit Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner

Am 28. November trafen sich in Berlin der Vorsitzende des Bundesausschusses Obst und Gemüse mit der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner. Der

BOG-Vorsitzende Stechmann diskutierte mit der Bundesministerin wichtige Themen des Obst- und Gemüsebaues. Angefangen von der derzeitigen Marktsituation, über die künftigen erforderlichen Verbesserungen beim Risikomanagement auf Grund zunehmender Extremwetterereignisse, die Herausforderungen der Digitalisierung für den Obst- und Gemüsebau und insbesondere den ländlichen Raum sowie die Verfügbarkeit von Betriebsmitteln bis hin zur Beschäftigung von Saison- und Aushilfskräften.

BOG-Vorsitzender Stechmann erläuterte dabei, dass der Obst- und Gemüsebau immer stärker von Extremwetterereignissen getroffen würde und jedes Jahr eine immer wieder aufs Neue geartete Herausforderung darstelle, wenn es um die Kulturführung und die Ernte gehe. Dabei würde insbesondere Ereignisse wie Frost, Hagel und Dürre den Anbauern immer mehr zusetzen, gleichwohl könne gerade im Obst- und Gemüsebau durch die Bewässerungsmöglichkeiten die Kulturführung besser gesteuert werden als im Ackerbau. Dennoch habe das Jahr 2018 wieder gezeigt, dass auch die besten Techniken bei der Bewässerung eine optimale Kulturführung bei einer Hitzewelle auch nicht immer ermöglichen. Insgesamt gelte es, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Betriebe für die Zukunft fit gemacht werden, wozu auch die Digitalisierung und die Verfügbarkeit von schnellem Internet im ländlichen Raum unabdingbar dazugehören.

Gesetzlicher Mindestlohn steigt in zwei Stufen

Das Bundeskabinett hat am 30. Oktober 2018 den Mindestlohn bis 2020 beschlossen. Ab dem 01. Januar 2019 steigt der gesetzliche Mindestlohn danach auf mindestens 9,19 Euro und ab dem 01. Januar 2020 auf 9,35 Euro brutto/Stunde. Das Bundeskabinett folgt damit dem Vorschlag der Mindestlohnkommission, die diese Erhöhung am 26. Juni 2018 beschlossen hatte. Darauf weist der Bundesausschuss Obst und Gemüse hin.

Die Verkündung der zweiten Verordnung zur Anpassung der Höhe des Mindestlohns des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales soll noch in diesem Jahr im Bundesgesetzblatt erfolgen, sodass der neue Mindestlohn ab dem 01. Januar 2019 gilt. Damit steigt der neue Mindestlohn im Zeitraum 2019 bis 2020 um 5,8 Prozent. Diese Erhöhung, so der Bundesausschuss Obst und Gemüse, stellt die arbeitsintensiven Obst- und Gemüsebetriebe vor besondere Herausforderungen, da die von den Erzeugern zu erzielenden Preise für Obst und Gemüse nicht in vergleichbarer Höhe steigen werden. Diese Situation gilt es – um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Obst- und Gemüseerzeuger auch für die Zukunft zu erhalten – genauestens zu beobachten.

53. Herbsttagung der Fachgruppe Gemüsebau

Die Fachgruppe Gemüsebau im Bundesausschuss Obst und Gemüse traf sich 2018 zu ihrer 53. Jahrestagung in Rostock Warnemünde. Mit dem Thema „Pflanzenschutz 2030“ hatten die Gemüseanbauer ein Tagungsmotto ausgesucht, das vielen Betrieben unter den Nägeln brennt, wie die engagierte Diskussion im Rahmen der Veranstaltung bewies. Referenten aus vielen verschiedenen Bereichen beleuchteten das Thema aus ganz unterschiedlichen Perspektiven:

Mit ihrem Vortrag „Gift im Gemüse? Von medialen Risiken und medialer Verzerrung“ zeigte Abteilungsleiterin Privatdozentin Dr. Gaby-Fleur Böhl vom Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) auf, dass Verbraucher die Risiken, die sich zum Beispiel hinter Pflanzenschutzmitteln verbergen, in der Regel anders bewerten, als es Fachleute tun. „Die Kluft zwischen dem gefühlten Risiko und der tatsächlichen Gefahr wird immer größer“ erklärte Dr. Böhl. Medien und Organisationen, die sich mit Umweltthemen beschäftigen, nehmen entsprechende Meldungen gern auf und befeuern so die Diskussion immer weiter.

Der Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Jürgen Buchwald, stellte zum Thema „Pflanzenschutz 2030“ Überlegungen aus Sicht der Politik an: Sichere Lebensmittel werden gebraucht und von den Betrieben produziert. „Aufgabe der Politik muss es sein, sich mit den Ängsten der Menschen auseinanderzusetzen“ meinte Dr. Buchwald. Er kann sich vorstellen, dass die Arbeit mit Pflanzenschutzmitteln in Zukunft als „Phytomedizin“ bezeichnet wird, weil man damit die öffentliche Wahrnehmung verändern könnte.

Aus der Sicht eines Wissenschaftlers ging Prof. Dr. Andreas Schaeffer, Leopoldina (Nationale Akademie der Wissenschaften), RWTH Aachen, das Thema an. Zum besseren Schutz von z.B. von Vögeln oder Insekten beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ging Professor Dr. Schäfer auf verschiedene Lösungsansätze unter anderem die Anlage von Hecken zum Abgrenzen der Nutzflächen und zum Schaffen neuer Lebensräume ein. Mit einem umfassenden Monitoring und einer gestuften Zulassung von Pflanzenschutzmitteln könnten weitere Fortschritte bei einem noch umweltverträglicheren Einsatz von Pflanzenschutzmitteln gemacht werden.

Dr. Jörg Wogram vom Umweltbundesamt stellte die Extensivierung der Segregation gegenüber und welchen Nutzen beide Lösungen aus Sicht des Amtes bieten. Mit dem Extensivieren, das wurde in der Diskussion mit den Gemüsebauern deutlich, kommen die Betriebe

nicht weiter, weil sie ihre Flächen dann deutlich ausweiten müssten – diese Flächen stehen aber nicht zur Verfügung. Beim Segregieren würden die Flächen für die Produktion intensiv genutzt, anderen Flächen als Ausgleich für die Natur und für die Erhaltung der Vielfalt hingegen nicht bearbeitet. „Landwirtschaft ist aber auch Wirtschaft, deshalb muss es sich für die Betriebe lohnen, etwas für die Umwelt zu tun“ bekräftigte er.

Matthias Kastriotis, zuständig für Presse- und politische Arbeit bei BASF, erklärte, wie aufwendig die Entwicklung neuer Pflanzenschutzmittel ist. Bei den kleinen Mengen, die der Gemüsebau braucht, ist es angesichts hoher Entwicklungskosten deshalb immer unwahrscheinlicher, das neue und umweltverträglichere Mittel auf den Markt kommen. Allerdings setzt die BASF nicht nur auf den klassischen Pflanzenschutz, sondern auch auf Smart-Farming, mit zum Beispiel dem Einsatz von Drohnen zum gezielten Erkennen und Bekämpfen von Krankheiten und Schädlingen.

Dr. Erich Jörg vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz, präsentierte zum Abschluss einen Ausblick in Sachen Pflanzenschutz. Bei der Wildkrautbekämpfung sah er zum Beispiel viele Methoden der mechanischen Bekämpfung, die bereits heute zum Einsatz kommen. Wichtig wären Fortschritte in der Züchtung von zum Beispiel resistenten Sorten oder Varianten, die an ein wärmeres Klima angepasst sind. „CRISPR/CAS“ bietet die Chance, solche Sorten schnell auf den Markt zu bringen. Da aber diese Verfahren der Gentechnik untergeordnet werden, ist deren Verbreitung nicht zu erwarten.

In der lange und von beiden Seiten engagiert geführten Diskussion wurde deutlich, dass der Gemüsebau kein klassische Flächenlandwirtschaft ist und der Anbau von Gemüsekulturen auch anders betrachtet werden kann, da die Kulturen intensiver geführt werden, die Sätze kleiner und die Anbauperioden kürzer sind. Wissenschaft, Politik und Praxis kamen an diesem Tag an der Ostsee ins Gespräch – damit ist aus der Sicht aller Beteiligten ein wichtiger weiterer Schritt zur weiteren Zusammenarbeit in Richtung einer in Zukunft noch umweltverträglicheren Produktion getan.

Mit dem Thema „Dürre“ nahm Andreas Kröger, Präsident des gastgebenden Wirtschaftsverbandes Gartenbau Norddeutschland ein Thema auf, das vielen Betrieben unter den Nägeln brennt. Ausfälle durch Wetterkapriolen nehmen zu, die Betriebe haben allerdings zurzeit kaum Chancen, diese auszugleichen. Kröger dachte deshalb laut über eine finanzielle Unterstützung von Mehrgefahrenversicherungen im Gemüsebau sowie über eine Risikoaus-

gleichrücklage nach. Beides, so seine Überzeugung, wären Instrumente um betroffenen Betrieben zu helfen.

Dr. Jürgen Buchwald, Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern überbrachte die Grüße seines Ministers Til Backhaus, der durch eine Landtagssitzung leider verhindert war. Anschließend ging er auf aktuelle Erfolge wie zum Beispiel die Entfristung der 70-Tage-Regelung für Saisonarbeitskräfte ein stellte zum Pflanzenschutz eindeutig fest, dass der „Integrierter Pflanzenschutz“ die Zukunft ist.

Dies unterstrich auch Präsident Detlef Kurreck vom Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern und forderte mehr Ehrlichkeit und Objektivität bei der öffentlichen Diskussion zum Pflanzenschutz. „Wir treffen in der Bevölkerung häufig auf vorgefasste Meinungen. Wir müssen diese Themen aber einer breiten Schicht verständlich machen und Wege finden, miteinander auszukommen“ erklärte Kurreck.

Delegiertentagung 2018 der Fachgruppe Obstbau in Grünberg

Die Delegierten der Fachgruppe Obstbau im Bundesausschuss Obst und Gemüse tagten am 20. und 21. November 2018 in Grünberg.

Die wichtigsten Themen in diesem Jahr waren Möglichkeiten der Risikominderung beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, Einblicke in neue Züchtungsverfahren, das Verbundvorhaben Lückenindikation und die Öffentlichkeitsarbeit.

Zunächst standen die Verbandsregularien mit den Haushaltsfragen, dem Bericht des Vorsitzenden Jens Stechmann und dem Rechenschaftsbericht des Geschäftsführers Jörg Disselborg an. Gewählt wurde die Position eines stellvertretenden Vorsitzenden. Einstimmig sprachen sich die Delegierten hier für eine weitere Amtszeit von Gerd Kalbitz (Sachsen) aus.

Jens Stechmann blickte in seinem Bericht auf ein ereignisreiches Jahr 2018 zurück und nannte nur die Stichpunkte Witterung, Vermarktung und Große Koalition.

Dr. Gabriele Leinhos stellte in ihrem Vortrag das Teilprojekt „Kommunikation und Datentransfer“ des Verbundvorhabens Lückenindikation vor. Anschließend stellte Dr. Hans-Dieter Stallknecht das Finanzkonzept des Projektes für die Zeit nach 2020 vor. Die Delegierten halten weiter daran fest, dass dieses Verbundvorhaben auch ohne eine finanzielle Unterstützung des Bundes fortgeführt werden muss.

Mit Prof. Dr. Henryk Flachowsky, Leiter des JKI Institutes für Züchtungsforschung, diskutierten die Delegierten die Bedeutung neuer gentechnischer Züchtungsverfahren für den Obstbau. Die vorgestellten Genome Editing-Verfahren können einzelne DNA-Bausteine von Pflanzen gezielt und präzise umschreiben. Dr. Flachowsky sprach sich dafür aus, nicht mehr die Züchtungsverfahren auf potentielle Risiken abzuklopfen, sondern das fertige Produkt.

Schwerpunkt der Tagung waren aber die Beratungen rund um mögliche Risikominderungsmaßnahmen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Hintergrund war die fortlaufende Forderung des Berufsstandes gegenüber den Behörden und den Bundesministerien nach einem entsprechenden Fachgespräch, um in erster Linie über erweiterte Abstandsaufgaben im Zulassungsverfahren zu diskutieren. Ziel ist die Verbesserung der Zulassungssituation insbesondere bei den Insektiziden in Raumkulturen. Einigkeit bestand darin, umgehend einen Katalog ökologisch richtiger und ökonomisch vertretbarer Maßnahmen zur Risikominderung und von Maßnahmen zur Biodiversitätsförderung zu entwickeln. Der Maßnahmenkatalog wird in einer kleinen Arbeitsgruppe von Experten erarbeitet und mit den am Zulassungsverfahren beteiligten Behörden diskutiert.

Ratspräsidentschaft zum 1. Januar 2019 bei Rumänien

Die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt zum 1. Januar 2019 für das erste Halbjahr 2019 Rumänien. Rumänien folgt auf Österreich, das im zweiten Halbjahr 2018 die Ratspräsidentschaft innehatte. Im zweiten Halbjahr 2019 folgt dann auf Rumänien Finnland. Darauf weist der Bundesausschuss Obst und Gemüse hin.

Die EU-Ratspräsidentschaft erfolgt abwechselnd durch die Mitgliedsländer für die Dauer von jeweils sechs Monaten. Damit eine nahtlose Kontinuität des Arbeitsprozesses gewährleistet bleibt, wird der Vorsitz im Rat in Form einer sogenannten Triopräsidentschaft jeweils für einen Zeitraum von anderthalb Jahren ausgeübt. Drei Mitgliedstaaten der Europäischen Union arbeiten als Präsidentschaft dann in enger Kooperation und legen die Langzeitziele fest und präsentieren für die 18 Monate der Triopräsidentschaft ein gemeinsames Programm. Mit Österreich läuft nun die Triopräsidentschaft von Estland, Bulgarien und Österreich aus. Mit der Übernahme der Präsidentschaft von Rumänien beginnt eine neue Triopräsidentschaft, der nach Finnland im zweiten Halbjahr 2019 im ersten Halbjahr 2020 Kroatien folgen wird.

Deutschland eröffnet dann im zweiten Halbjahr 2020 mit der Übernahme der Ratspräsidentschaft die nächste Triopräsidentschaft für die nächsten 18 Monate mit Portugal im ersten Halbjahr 2021 und Slowenien im zweiten Halbjahr 2021.

JKI-Präsident Backhaus in den Ruhestand verabschiedet

Der Präsident des Julius Kühn-Institutes, Dr. Georg Backhaus, ist am Dienstag, den 6. November 2018, von Staatssekretär Dr. Hermann Onko Aeikens aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium offiziell in den Ruhestand verabschiedet worden. Wie das JKI in Quedlinburg, dem Hauptsitz des JKI, aus diesem Anlass mitteilte, hat Backhaus mehr als 16 Jahre lang als Präsident zunächst die Biologische Bundesanstalt (BBA) und nach der Umstrukturierung der Ressortforschungseinrichtungen des Bundeslandwirtschaftsministeriums ab 2008 das JKI gelenkt. Er könne „mit Recht als einer der Architekten des JKI gelten“, betonte das Institut. Als Chef der neuen Einrichtungen sei es Backhaus gelungen, die Kompetenzen der Vorgängerinstitutionen in den Bereichen Pflanzenschutz- und Züchtungsforschung sowie im Pflanzenbau erfolgreich zusammenzuführen.

Für den Bundesausschuss Obst und Gemüse dankte der Vorsitzende Jens Stechmann dem JKI-Präsidenten und Professor Dr. Georg Backhaus für die stets gute und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Obst- und Gemüsebau. Dr. Backhaus habe stets ein Augenmerk auf die Praxis gehabt und sich in seinem Tun von den Erfordernissen der Praxis auch leiten lassen.

Christian Ufen einstimmig wiedergewählt

Turnusgemäß standen auch Wahlen auf der 53. Herbsttagung des deutschen Gemüsebaus vom 22. – 24. November 2018 in Rostock auf der Tagesordnung. Dabei wurde der bisherige Vorsitzende, Christian Ufen aus Dithmarschen, von den Delegierten einstimmig für eine weitere drei Jahre als Vorsitzender der Fachgruppe Gemüsebau im Bundesausschuss Obst und Gemüse bestätigt.

Als Vertreter der Fachgruppe Gemüsebau in den Bundesausschuss Obst und Gemüse wurden Peter Höfler, Heinz-Peter Frehn, Theo Germes, Wolfgang Mählmann und Christoph Nagelschmitz einstimmig für weitere drei Jahre wiedergewählt.